

Dr. Gregor Gysi (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Veränderungen, die die Behandlung des sogenannten Asylproblems schon jetzt in der politischen Landschaft der Bundesrepublik bewirkt hat, sind gewaltig und deprimierend. Die populistische Instrumentalisierung von tatsächlichen sozialen Problemen und Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen, die Instrumentalisierung von Vorurteilen und latentem Rassismus zur Durchsetzung einer neuen Asylpolitik hat die politische Auseinandersetzung um Zukunftsfragen auf eine durch und durch irrationale Basis gestellt. Außer Kraft gesetzt wurden die Maßstäbe der Menschlichkeit und der Vernunft.

Die Bundesrepublik ist zweifellos eine führende Wirtschaftsmacht. Aber sie ist beteiligt — und darüber wird hier so gut wie überhaupt nicht geredet — an der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt. Es gibt keinen Widerstand dieser Bundesregierung dagegen, daß die Märkte für die sogenannte Dritte Welt nicht geöffnet werden; dagegen, daß den Ländern dieser Welt keine stabilen Rohstoffaufkaufpreise garantiert werden; dagegen, daß mit Kaffee-, Kakao- und Bananenpreisen in einer Art und Weise umgegangen wird, die diese Länder immer wieder in größte existentielle und soziale Schwierigkeiten stürzen müssen. Nein, die Bundesrepublik macht mit. Sie lebt zum Teil davon. Ist es nicht aber wenigstens moralisch höchst fragwürdig, vorn Elend und Hunger in der sogenannten Dritten Welt zu profitieren und gleichzeitig Mauern gegen die Flüchtlinge aus ihr hochzuziehen, gegen Flüchtlinge, die versuchen, diesem Elend und diesem Hunger zu entkommen?

(Zurufe von der CDU/CSU)

Gab es nicht gerade nach Wegfall des Ost-West- Konflikts große Chancen, an das solidarische Bewußtsein von Menschen zu appellieren, sie auf die wirklichen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, vorzubereiten, zu einem Umdenken beizutragen? Diese Chancen blieben ungenutzt. So wie im Rahmen der Vereinigung den Westdeutschen täglich erklärt wird, was die Ostdeutschen sie kosten, um Entsolidarisierung zu erreichen, so wurde den Menschen Angst gemacht vor Ausländerinnen und Ausländern, vor Flüchtlingen und insbesondere vor Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, und nachdem diese Angst erzeugt ist, begründet man seine Entscheidungen mit dieser Angst. Auch ich nehme Ängste ernst. Aber es gab reale Möglichkeiten, sie abzubauen. Sie alle wissen, daß die Zuwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren abnehmen. Aber eine solche Tatsache hätte zur Durchsetzung einer veränderten Asylpolitik nicht getaugt, und deshalb wird sie verheimlicht, deshalb werden nur die Zahlen über steigende Asylbewerbungen bekanntgegeben. Natürlich sagen Sie nicht, wie viele von denen ab- oder zurückgeschoben werden, wie viele Ausländerinnen und Ausländer jährlich die Bundesrepublik verlassen, nämlich fast eine halbe Million. Wie in der DDR-Propaganda werden unangenehme Zahlen verschwiegen und nur jene betont, die die eigene Politik rechtfertigen sollen.

Sprache ist verräterisch. Es waren Politikerinnen und Politiker, die die Begriffe von Scheinasylanten, von Flüchtlingsströmen, von Wirtschaftsflüchtlingen, vom Asylmißbrauch, von asylfreien Zonen, von Durchmischung und Durchrassung und das

schlimme Wort vom Staatsnotstand in die Debatte brachten, und solche Worte zeigen Wirkung. All jene, die in der beschriebenen Art und Weise die Asyldebatte führten und führen, haben an rassistischen und ausländerfeindlichen Pogromen als intellektuelle Urheber ihren Anteil.

(Zurufe von der CDU/CSU: Pfui!)

Sie können für sich in Anspruch nehmen, das Klima in der Bundesrepublik verändert zu haben, aber in welcher schlimmer Art und Weise! Nun sind wir in einer Situation, in der wir einen neuen Schub von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit befürchten müssen, und zwar dann, wenn sich herausstellen wird, daß die rechtlichen Veränderungen, die hier heute beschlossen werden sollen, die Probleme, die dahinterliegen, nicht einmal im Ansatz lösen können. Statt Asylbewerberinnen und -bewerber mit geordneten rechtlichen Verfahren werden wir eine Vielzahl illegaler Flüchtlinge bekommen. Sie, Herr Klose, haben darauf hingewiesen, daß Menschen in ein Asylverfahren gezwungen wurden, in das sie gar nicht hineinpaßten, nämlich die Bürgerkriegsflüchtlinge.

Das ist wahr, und jetzt wird dasselbe passieren, daß Flüchtlinge in die Illegalität getrieben werden, weil es kein geordnetes rechtliches Verfahren mehr gibt. Das wird Auswirkungen zeigen. Diese Flüchtlinge werden nämlich noch rechtloser sein. Sie werden durch die Bereitschaft, zu fast jedem Lohn zu arbeiten, noch stärker auf den Arbeitsmarkt drücken. Sie werden Opfer von Kriminalität werden, ohne die Chance zu haben, auch nur Anzeige zu erstatten, weil sie dann ihren illegalen Aufenthalt bekanntgeben müßten. Sie werden auch überdurchschnittlich selbst zur Kriminalität neigen — aus sozialer Not, aus Isoliertheit. Solche Erscheinungen schüren Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, und das wissen Sie auch.

Aus der Erfahrung der DDR ergibt sich eine weitere Lehre, die zwingender Natur ist. Ich will das hier so deutlich formulieren: Wer Mauern an den Grenzen errichtet, egal, ob sie aus Infrarotstrahlen oder aus Beton bestehen, der wird auch die Bereitschaft zum Schießen aufbringen müssen, damit solche Mauern einen Sinn machen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU — Zurufe
von der CDU/CSU: Das sagen ausgerechnet
Sie! — Mauerschütze!)

Sie werden es noch erleben: Wer heute der faktischen Abschaffung des Asylrechts zustimmt, muß wissen, daß er Mitverantwortung trägt, wenn eines Tages an den Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird.

(Unruhe bei der CDU/CSU — Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Schlimm, der Mauer
schütze! — Weiterer Zuruf von der CDU/
CSU: Das ist eine Beleidigung!)

Mit der Abschaffung des Artikels 16 wird auch Geschichte auf eigenwillige Art und Weise aufgearbeitet. Es war die Lehre aus der Zeit des Naziregimes, die zur Einführung dieses Artikels führte. Millionen Menschen, die aus Deutschland flüchten wollten, insbesondere Juden, hätten gerettet werden können, wenn es in anderen Staaten ein individuelles Recht auf Asyl gegeben hätte. Es ist bekannt, wie viele Staaten sich damals

gegen Flüchtlinge verweigerten. Es ist bekannt, daß Staaten während des Faschismus Flüchtlinge nur nach Gutdünken aufnahmen, nach eigenen politischen und ökonomischen Interessen. Deshalb haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes beschlossen, politisch Verfolgten einen Anspruch auf Asyl zu gewähren und es nicht in das Belieben des Staates zu stellen, ob er Asyl gewährt oder nicht. Während des Kalten Krieges wurde Art. 16 im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Jeder und jede, die aus einem Ostblockstaat kam, galt als politisch verfolgt und genoß Asyl. Damals stimmten Bundesverfassungsgericht und offizielle Politik überein, daß Art. 16 des Grundgesetzes im Hinblick auf die sich sozialistisch nennenden Staaten möglichst weit interpretiert werden muß. Aber diesen Zweck hatte Art. 16 des Grundgesetzes 1989 erfüllt. Seitdem wird deshalb mit allen Mitteln gegen ihn gearbeitet. Er dient nicht mehr zur Auseinandersetzung im Ost-West-Konflikt. Er könnte jetzt seiner wirklich humanitären Intention gerecht werden, und genau das soll nicht geschehen.

(Freimut Duve [SPD]: Unglaublich!)

Es war die Bundesrepublik, auch die SPD, die meines Erachtens zu Recht die DDR immer dafür kritisiert hat, diese verletze die allgemeine Deklaration der Menschenrechte dadurch, daß sie nicht jeder Bürgerin und jedem Bürger das Recht einräume, jeden Staat, d. h. auch den eigenen, zu verlassen.

(Zuruf von der SPD: Verlassen!)

Aber was ist ein solches Menschenrecht wert, wenn sich andere Staaten geschlossen weigern, Menschen aufzunehmen?

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Quatsch! — Hans
-Ulrich Klose [SPD]: Unsinn! — Renate
Schmidt [Nürnberg] [SPD]: Eigentlich sind
Sie zu intelligent, um so einen Quatsch zu
erzählen!)

Zeigt sich so, daß die offizielle Propaganda der DDR zumindest in dem Punkt recht hatte, daß sie der Bundesrepublik vorwarf, auf diesem Recht nur als Instrument gegen die DDR zu bestehen, nicht aber es wirklich weltweit durchsetzen zu wollen?

(Freimut Duve [SPD]: Pfui! Dieses Argument
ist unglaublich! — Erwin Marschewski
[CDU/CSU]: Irre, so etwas!)

Die Menschheit steht heute vor existentiellen Herausforderungen. Noch nie gab es einen so ungezügelter Ressourcenabbau,

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Noch nie
ist hier ein solcher Quatsch gesprochen wor-
den!)

noch nie eine so weit verbreitete Naturvernichtung. Noch nie hat die Menschheit über die Art und Weise, wie sie produziert, wie sie Waffen herstellt und anwendet, die

Grundlagen ihrer eigenen Existenz so gefährdet wie heute. Das Wohlstandsgefälle zwischen der sogenannten Ersten und der sogenannten Dritten Welt wird täglich größer. Die Ausmaße von Hunger und Elend auf dieser Welt lassen sich kaum noch erfassen, geschweige denn beschreiben. Fast alle wissen, daß wir anders produzieren und anders konsumieren müssen, daß wir andere Beziehungen der Solidarität und der Mitmenschlichkeit benötigen, damit die Menschheit überhaupt überleben kann.

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Die SED Menschlichkeit,
die ist das Vorbild, Herr
Gysi!)

Nicht erst seit heute warnt der Club of Rome vor den Entwicklungen, die sich leider völlig ungehemmt fortsetzen.

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Das trieft
ja vor Falschheit und Unerträglichkeit, was
dieser Mensch hier erzählt!)

Auf diese riesigen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, reagieren die führenden Industriestaaten mit zwei Antworten: Einsatz des Militärs und Abschottung. Es ist völlig klar, daß diese Antworten nicht einmal zu einer Verschnaufpause führen werden. Die Existenzbedrohungen für die Menschheit werden zunehmen. Indem den Menschen vorgegaukelt wird, daß über eine juristische und eine Infrarot-Mauer das Flüchtlingsproblem von ihnen ferngehalten werden kann, berauben wir uns der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, zur Lösung dieser Probleme beizutragen, und gefährden damit langfristig die Existenz unserer eigenen Bevölkerung. Also nicht nur aus humanistischen Gründen, nicht nur aus Gründen der Solidarität, sondern durchaus auch aus egoistischen, aus existentiellen Gründen wäre eine gänzlich andere Politik angezeigt als die der Militarisierung und Abschottung. Militarisierung bedeutet, täglich mehr Waffen und damit Krieg und Bürgerkrieg in die Welt zu exportieren,

(Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Das hat die
SED in Afrika vorgemacht! Das hat sie unter
Entwicklungshilfe verstanden!)

um dann den Flüchtlingen den Weg zu versperren und deutsche Soldaten hinterherzuschicken. Wer solche Politik betreibt, verändert sich auch selbst.

Ich meine, daß ein Blick in die Bibel genügt, um deutlich werden zu lassen,

(Lachen bei der CDU/CSU)
— wann haben Sie denn das letztmal hineingesehen?—
— (Dr.Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Gestern!)

daß die Christlich Demokratische und die Christlich- Soziale Union künftig wenigstens auf den Begriff „christlich“ verzichten sollten.

(Dr. Kurt Faltlhauser [CDU/CSU]: Ein Kom-
munist macht alles, selbst das! — Erwin
Marschewski [CDU/CSU]: Der Scheinheilige

geht zum Teufel! Das steht auch drin!)

Gott sagte zu Moses — Sie können das im 3. Buch Moses, Kap. 19, nachlesen —: Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken.

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Gysi und die Bibel! Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Es steht auch drin: Du sollst kein falsches Zeugnis geben!)

Er soll unter euch wohnen wie ein Einheimischer, und du sollst ihn lieben wie dich selbst. Schauen Sie sich einmal an, was Jesus über den Umgang mit Fremden gesagt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein Mißbrauch der Bibel!)

Laut dem Evangelium von Matthäus, Kap. 25, wies er bekanntlich auf die Kriterien hin, die vor dem Weltgericht

(Hans Raidel [CDU/CSU]: Pharisäer! — Unruhe bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Weitere Zurufe)

— Frau Präsidentin, ich bitte, mir das von der Redezeit abzusetzen.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Der Redner bittet um Ruhe. Aber er mutet uns auch eine Menge zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Dr. Gregor Gysi (PDS/Linke Liste): Es ist mir neu, Frau Präsidentin, daß die Bibel im Deutschen Bundestag eine Zumutung ist.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Fünftes Gebot: Du sollst nicht lügen! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Es kommt immer darauf an, wer es sagt!)

Er hat auf die Kriterien des Weltgerichts hingewiesen, und er hat gesagt: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan. Als Gerechte sieht er nur jene an, die Hungrigen zu essen, Durstigen zu trinken geben und Fremde aufnehmen. Aber Sie erklären heute, daß Sie nichts von alledem vorhaben. Im Gegenteil, Hungernde sollen in ihr Elend zurückgeschickt, politisch Verfolgte an den Grenzen abgewiesen werden.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Eine reine Witzfigur, der Mann! — Jochen Feilcke [CDU/CSU]: Das ist keine Witzfigur! Der spinnt!)

Auch die F.D.P. hat sich verändert. Es gab Zeiten, als sie Tabuthemen aufgriff, sich hinter Minderheiten in dieser Gesellschaft stellte — in dem Wissen, keinesfalls populär zu handeln. Ich erinnere daran, daß es von allen Parteien zuerst die F.D.P. war, die sich für die Integration und Gleichstellung von Menschen einsetzte, die eine andere als die heterosexuelle Orientierung hatten. Inzwischen ist dies fast Allgemeingut geworden. Damals aber mußte die F.D.P. gegen den Strom schwimmen; und sie tat es. Genau das macht Liberalismus aus: der Kampf um Toleranz, der Mut, sich für Minderheiten einzusetzen, ihre Rechte hochzuhalten, wenn die Mehrheit dabei ist, diese Minderheiten zu unterdrücken oder geringzuschätzen. Gerade eine liberale Partei hätte deshalb für die Erhaltung des Asylrechts auch gegen eine Mehrheit kämpfen müssen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unerträglich!)

Es ist gerade für Deutschland unerträglich, wenn es keinen parteipolitisch organisierten Liberalismus mehr gibt.

(Zurufe von der F.D.P.: Unerhört! —
Schwachsinn!)

In dieser Logik liegt dann auch, daß dem großen Lauschangriff und anderen Dingen zugestimmt wird. Das ist dann eben das Ende des parteipolitisch organisierten Liberalismus.

Am schwersten mit der Zustimmung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts hat es sich sicherlich die SPD gemacht. Letztlich aber wurde eine Mehrheit organisiert, die ausreichen wird; dies ist entscheidend. Es widerspricht jedoch der Tradition der Sozialdemokratie, zumindest so, wie ich sie verstehe. Da gibt es doch wohl unzweifelhaft auch sehr viele positive Elemente, die man auch dann anerkennen muß, wenn man selbst kein Sozialdemokrat ist. Zu dieser Tradition gehört ein gewisser Internationalismus. Zu dieser Tradition gehört, sich für sozial Schwache und Benachteiligte einzusetzen. Zu dieser Tradition gehört aber nicht Nationalismus, nicht Abschottung, nicht Einschränkung von Grundrechten, nicht die Zustimmung zu einer Veränderung der Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in militaristischer und national-egoistischer Hinsicht, wie dies gegenwärtig geschieht.

Wer so mit seiner eigenen Tradition bricht, handelt meines Erachtens nicht nur politisch schädlich, sondern verliert auch Profil, wird unkenntlich. Es gibt Situationen, in denen dieses Profil wichtiger ist als die Zahl von Wählerstimmen. Im übrigen glaube ich nicht, daß Prinzipienlosigkeit dazu führt, daß man Wählerstimmen gewinnt. Indem hier heute dafür gesorgt wird, daß das politische Programm der Republikaner zum Asylrecht aus dem Jahre 1990 nicht nur verwirklicht, sondern übererfüllt wird, wird ihnen zugleich in die Hände gespielt; denn die Wähler wählen lieber das Original als ein schwaches Duplikat.

(Erwin Marschewski [CDU/CSU]: Das sieht
man an Ihnen! Das ist wahr!)

Ich weiß, daß das keinesfalls für alle Mitglieder der SPD gilt. Es gilt jedoch für eine Mehrheit, und die Minderheit muß sich dem stellen.

(Wolf-Michael Catenhusen [SPD]: Großzügig!)

Wenn ich mir den Kompromiß einmal genau ansehe, muß ich der CDU/CSU zugute halten, daß sie wenigstens deutlich gesagt hat, was sie wollte, nämlich daß es einen individuellen Anspruch auf Asyl nicht mehr gibt. Was Sie letztlich erreicht haben — abgesehen von einer schlappen Bestimmung zu Bürgerkriegsflüchtlingen —, ist eine Täuschung. In Abs. 1 wird ein Recht statuiert, das in den nächsten Absätzen wieder aufgehoben wird, indem Sie sagen: Jeder, der über eine Landgrenze zu uns kommen will, bekommt keinen Zutritt. Das heißt, daß er sein Recht aus Abs. 1 überhaupt nicht wahrnehmen kann. Ich sage Ihnen: Dann gehe ich lieber offen mit solchen Dingen um, als daß lediglich eine Täuschung formuliert wird, ganz abgesehen davon, daß es grundgesetzlich höchst bedenklich ist, in Abs. 1 ein Recht zu statuieren, das in den nächsten Absätzen wieder aufgehoben wird. Wer mit Länderlisten operiert, macht sie zum Gegenstand von Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Schon fordert die Türkei, in die Liste aufgenommen zu werden. Welche Bundesregierung wird bereit sein, gute Beziehungen zu einem Staat zu gefährden, indem sie diesen Staat von der Liste der Nichtverfolgerstaaten streicht, wenn es dort zu politischen Verfolgungen kommt? Wird es dann nicht eine Güterabwägung, eine sogenannte politische Schadensberechnung und -begrenzung geben?

Ich appelliere an die wirklichen Christen, an die liberalen und sozialen Demokraten unter Ihnen:

(Jochen Feilcke [CDU/CSU]: Davon verstehen Sie nichts, Herr Gysi! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Zählen Sie sich auch dazu?)

Sagen Sie nein zur Abschaffung des Asylrechts! Sagen Sie nein zur Liquidierung einer der wichtigsten Konsequenzen aus dem mörderischen Naziregime! Verweigern Sie sich der Abschaffung eines Grundrechts und einer Täuschung,

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Das lassen Sie mal unsere Sache sein!)

die da lautet: Fremder, du wirst politisch verfolgt; deshalb hast du Anspruch auf Asyl; wir haben dir aber fast alle Wege zu uns versperrt.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)